

# DER MAHRUF

MITTEILUNGSBLATT FÜR DIE MITGLIEDER DER VVN WESTBERLIN



... doch 1966 ist nicht 1933 !

(Siehe Artikel Seite 3)



Nr. 64  
Mai/Juni 1966

# Im Sinne Ernst Thälmanns

Als 1930 Ernst Thälmann, der Kämpfer gegen Faschismus und Krieg, das Programm der nationalen und sozialen Befreiung verkündete, wurde sehr deutlich gemacht, daß das nicht nur eine Angelegenheit der KPD sein kann.

Wiederholt wurden darum Angebote zum gemeinsamen Handeln aller organisierten Schaffenden an die SPD herangebracht. Hätte die deutsche Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit, die sie bildet, die Bedeutung des gemeinsamen Handelns erkannt, wär dem deutschen Volk die Diktatur des Faschismus und das Grauen des zweiten Weltkrieges erspart geblieben.

1944, vor seiner Ermordung durch die Faschisten, richtete Ernst Thälmann abermals die mahnenden Worte an alle Werktätigen: zusammenzustehen, alles Trennende beiseite zu lassen und gemeinsam für ein friedliebendes, demokratisches Deutschland zu kämpfen.

Im gleichen Sinne waren die Worte des Sozialdemokraten und Antifaschisten Wilhelm Leuschner vor seiner Hinrichtung an die deutschen Arbeiter gerichtet: "Vergeßt mir die Einheit nicht!"

Eingedenk der Mahnungen dieser deutschen Patrioten sollte jeder friedlich und demokratisch gesinnte Deutsche, vor allem jeder Werktätige, den von der SED in der DDR angeregten Dialog mit der SPD begrüßen und die Tat als im Sinne von Wilhelm Leuschner und Ernst Thälmann betrachten. Denn die Wichtigkeit und Bedeutung einer Verständigung sowie des gemeinsamen Handelns ist heute noch größer als damals.

Damals ging es darum, den Faschismus und seinen Krieg zu verhindern. Heute, so erklärt die SED in ihrem Offenen Brief, geht es darum, daß von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht. Das entspricht genau dem Vermächtnis der teuren Toten des Widerstandes, denen die überlebenden Widerstandskämpfer und Verfolgten des Naziregimes schworen, nie wieder zuzulassen, daß noch einmal von deutschem Boden Faschismus und Krieg ausgehen.

Es geht darum, einen Weg zur Verständigung

zwischen denen zu suchen, die sich verständigen können und müssen, wenn Deutschland leben und die deutschen Dinge vorangebracht werden sollen. Der Offene Brief des Zentralkomitees der SED läßt deutlich erkennen, daß der gute Wille zur gegenseitigen Achtung und zum Verständnis, auf jeden Fall aber zur Sachlichkeit von Seiten der DDR aus vorhanden ist.

Es geht weiterhin darum, der Versteinerung der Spaltung entgegenzuwirken und um ein Zusammenfinden in allen Fragen, die lebenswichtig für unser Volk sind. Völlig verfehlt wäre es, in der Aussprache als erstes die Fragen der Beseitigung der Erschwernisse im Telefonverkehr oder Reiseverkehr oder all die Fragen der "Mauer" auf die Tagesordnung zu setzen. Das würde bedeuten, Ursache und Wirkung in ein falsches Verhältnis zu bringen.

Dazu erklärt die SED, daß der Griff nach der Atomwaffe, das dazugehörige politische Ziel, die Bundesrepublik auf die Grenzen von 1937 auszudehnen, sowie die Feindschaft gegen die DDR, die bis zur Negierung ihrer politischen Existenz geht, die wesentlichen Ursachen für die Schutzmaßnahmen der DDR sind. Das Annexionsprogramm, der Vernichtungswille gegen die DDR der von der CDU/CSU beherrschten Bundesregierung war zuerst da; die "Mauer" kam erst viel später. Die "Mauer" wurde für die DDR im wahrsten Sinne des Wortes zu einem Schutzwall. Dies zu tun ist - wenn notwendig - Recht und Pflicht eines jeden Staates.

"Was aber muß getan werden, damit die Kluft, die Deutschland trennt, wenigstens allmählich überwunden wird?"

Die Antwort liegt in den Fragen, die die SED den Mitgliedern, Funktionären und Anhängern der SPD unterbreitete:

Seid Ihr bereit, dafür einzutreten, daß beide deutsche Staaten auf jegliche Mitverfügung über Atomwaffen verzichten?

Seid Ihr bereit, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, daß mit konkreten Abrüstungsmaßnahmen in Deutschland begonnen wird?

Seid ihr bereit, dafür einzutret-

# Hakenkreuze am Büro der VVN Westberlin

In den Morgenstunden des 17. April (Sonntag) wurden die Tür und der Briefkasten des Sekretariats der VVN Westberlin sowie die Flurtür einer im gleichen Hause wohnenden jüdischen Familie mit roter Farbe besudelt. Die Hakenkreuze, die Aufschrift "Juda verrecke" und andere Naziparolen wurden von Mietern entdeckt und entfernt. Die verständigte Polizei konnte bis heute, wie meist in solchen Fällen, keine Spur des oder der Täter entdecken.

Wo die Täter zu suchen sind, darauf deutet ein weiterer Vorfall hin, der sich etwa zur gleichen Zeit ereignete: Der Vermieter der "Neuen Welt", der den Vertrag mit dem Landesverband Berlin der NPD zwecks Abhaltung einer Kundgebung rückgängig machte, erhielt einen anonymen Drohbrief, in dem es u.a. heißt:

"...Mit Hosenscheißern, wie Sie einer sind, ist die Elite der Nation stets fertig geworden. Sie haben uns den Stuhl vor die Tür gesetzt. Druck erzeugt Gegendruck. Also werden wir Ihnen den roten Hahn aufs Dach setzen...Ihre Bude fliegt in die Luft. Deutschland erwache!"

Das ist die Sprache der NPD, die Sprache des Terrors und der Gewalt, die sich in nichts von der Sprache

jener unterscheidet, die skrupellos Millionen Menschen mordeten und die Völker ins Unglück brachten.

Bezeichnend ist, daß die meisten der in Westberlin erscheinenden Zeitungen die Besudelung des Büros der VVN mit Schweigen übergingen, während die Springer-Presse lediglich von Hakenkreuzen an einem Hause in der Boddinstraße berichtete und verschwieg, wem der Übergriff galt.

Auch diese neue Ausschreitung ist nur ein weiteres Glied in der Kette der politischen Brandstiftungen und Bedrohungen von Bürgern unserer Stadt durch neofaschistische Elemente und bestätigt vollinhaltlich die Berechtigung unseres Ersuchens vom 5. April 1966 an den Senator für Sicherheit und Ordnung, Albertz, das ungehinderte Auftreten der NPD und anderer neonazistischer Organisationen zu unterbinden.

Diese Vorkommnisse verpflichten uns und alle friedliebenden Mitbürger, noch energischer als bisher gegen die Feinde der Demokratie, des Humanismus und der Völkerverständigung zu kämpfen. Wir fordern erneut: Keine demokratischen Freiheiten für die Totengräber der Freiheit und Demokratie, die uns erneut bedrohen!

ten, daß die Bundesrepublik mit allen europäischen Völkern in Frieden und guter Nachbarschaft lebt und die bestehenden Grenzen anerkennt?

Seid Ihr bereit, kalten Krieg und Feindschaft abzubauen zu helfen, den Realitäten in Deutschland Rechnung zu tragen und Euch dafür einzusetzen, daß durch gleichberechtigte Verhandlungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten die Entspannung gefördert und der Weg für eine spätere Wiedervereinigung geöffnet wird?

Die positive Beantwortung dieser Fragen mit der nötigen Konsequenz in der Handlung wäre eine bedeutungsvolle Entscheidung für die Zukunft Deutschlands. Beide Parteien, die

SPD und die SED, tragen heute die größte Verantwortung in Deutschland.

Wie sie einander begegnen, davon hängt viel, sehr viel ab. Überlegungen und parlamentarische Diskussionen, ob man den Sprechern der SED in der Bundesrepublik "freies Geleit" geben soll, ob man sie verhaften müßte oder nicht, sind das Gegenteil von Verständigung und vom Zusammenfinden. Kleinliche Rechthabereien und bequeme Vorurteile wären keine Politik, die dieser Verantwortung entspräche. Sie aufzugeben, bedeutet nichts zu verlieren. Sachlich zu diskutieren, verständnisvoll zu beraten, zueinander finden heißt, eine Welt zu gewinnen! Das wäre im Sinne Ernst Thälmanns und Wilhelm Leuschners. - K.Wi.

21 Jahre nach der Befreiung:

## Sie wollen wieder marschieren

"Wir leben heute in einer Situation, die man am besten mit der von 1933 vergleichen kann." Diese schwerwiegende Feststellung traf Joachim Steffen, Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein, auf einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie aus Anlaß des 21. Jahrestages der Befreiung. Betrachtet man das politische Geschehen in Westdeutschland und Westberlin, so findet man dafür vielfache Bestätigung.

Unter den politischen Forderungen der Bundesregierung werden die nach "Lebensraum" (Gebietsforderungen) und "Selbstbestimmungsrecht" nach wie vor so selbstverständlich vertreten, als ob es den 2. Weltkrieg und ein deutsches Verschulden daran nie gegeben hätte. Das ist ohne Frage eine große Ermunterung für alle faschistischen und revanchistischen Kräfte zu vermehrter Aktivität. (Die revanchistische Kundgebung unter Wenzel Jaksch am 14. Mai in Bonn erweist das erneut.) Wir sollten uns daran erinnern, daß Hitler mit den gleichen Forderungen seine aggressive Politik motivierte - und daran, wohin dies führte.

Hinter der jetzt von der Erhard-Regierung forcierten Notstandsgesetzgebung steht das gleiche Ziel wie einst hinter Hitlers Ermächtigungsgesetz: Unterordnung des Volkes unter eine diktatorische Gesellschaftsform, damals mit dem Begriff "Volksgemeinschaft" verbrämt, heute als "formierte Gesellschaft" angepriesen. Zweck: Rechtlosmachung und Willfährigmachung der Bevölkerung für den kalkulierten "Ernstfall", d.h. Krieg - und Mißbrauch dieser einschneidenden Vollmachten für innenpolitische Zwecke. (Bei Hitler wurde damit sogar der KZ-Mord "gerechtfertigt"!)

Die "Rechtsblindheit" der Bonner Justiz ähnelt in vielem der Weimarer Justiz, deren Praktiken wesentlich zum Aufbruch des Faschismus beitrugen. Der in der ganzen Welt einzigartige Skandal der Freilassung nazistischer Massenmörder wenige Wochen oder Monate

nach ihrer Verurteilung ist geradezu ein Ansporn für Nazis und SS-Leute, sich innerlich auf erneut zu begehende Völker- und Menschlichkeitsverbrechen einzustellen.

Kaum anderes kann die Personalpolitik der Bundesregierung bewirken, durch die, wie sich immer erneut erweist, belastete Faschisten gedeckt und gefördert werden. Letzter Fall: Walter Römer, der als Nazi-Staatsanwalt für die Mitglieder der Widerstandsgruppe "Weiße Rose" die Todesurteile beantragte und den Hinrichtungen beiwohnte, ist heute Ministerialdirektor (also einer der höchsten Beamten) im Bonner Justizministerium!

Damit sind einige der heute sich "von oben" her auswirkenden Faktoren umrissen, die eine einzigartige Ermunterung für alte und neue Faschisten darstellen. Ein Hohn auf das zuerst von Regierung und Parlament zu verteidigende demokratische Grundgesetz.

Beispiele und Beweise der Auswirkung?

In Ludwigsburg konnten über 3 000 ehemalige SS-Leute die Beisetzung des Hitler-Günstlings, Kommandeurs der SS-Leibstandarte und Kriegsverbrechers Sepp Dietrich zu einer großartigen faschistischen Demonstration gestalten.

Das bayrische Justizministerium gab die Genehmigung zur Abhaltung eines Massentreffens der Waffen-SS am 21. Mai in München, da es angeblich keine "Rechtsgrundlage für ein Verbot" gebe. - Wahrlich ein makabrer Auftakt für die Stadt München, die eine völkerverbindende Olympiade durchführen will. Wer erinnert sich da nicht des von Hitler durchgeführten Olympia-Schauspiels 1936 in Berlin, mit dem er die Weltöffentlichkeit über seine unfriedlichen Ziele hinwegzutäuschen suchte, und darüber, daß zur gleichen Zeit über 100 000 Antifaschisten in seinen KZ gequält und gemordet wurden!

Auf einem solchen Boden kann die NSDAP von heute, die NPD, bestens



# Der Befreiungstag

Am 8. Mai wurde des 21. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus auch in Westberlin in vielfältiger Weise gedacht.

Eindruckvollstes Begebnis war eine Gedenkfahrt von über 400 jungen Menschen zum Mahnmal und ehemaligen KZ Buchenwald. An der zweitägigen Fahrt, veranstaltet von der FDJ Westberlin, beteiligten sich Jugendliche aus verschiedenen Organisationen. Bei einer Feierstunde vor dem Glockenturm der Mahnstätte auf dem Ettersberg rief Walter Rudert die Teilnehmer auf, alles zu tun, damit sich die faschistischen Untaten niemals wiederholen können. Die Jugendlichen, unter ihnen Studenten, Falken, Pfadfinder und Angehörige der Jungen Gemeinde, brachten zum Ausdruck, daß sie im Kampf gegen den sich wieder belebenden Faschismus einig zusammenstehen müssen. In Weimar konnten sich die jungen Menschen in Gesprächen davon überzeugen, wie man in der DDR lebt und daß man hier zu friedlicher Verständigung bereit ist.

In einer Vormittagsveranstaltung des

auch die in München geplante SS-Provokation vereitelt.

Viele weitere Beispiele erfolgreicher Abwehr beweisen, daß die demokratischen Kräfte dort, wo sie sich zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden, wo sie einig in der Erkenntnis der alle bedrohenden Gefahren sind, den Faschisten und Revanchisten keine Chance lassen.

Lehre und Erkenntnis aus den schmachvollen Jahren 1933 bis 1945 und die daraus erwachsene Abwehrbereitschaft werden sich in den kommenden Monaten in vielfacher Weise bewähren müssen, um den Verderbern des deutschen Volkes j e d e Chance zu nehmen.

Dabei nach besten Kräften mitzuwirken ist heute Aufgabe aller Antifaschisten, aller Widerstandskämpfer und Verfolgten, die sich - wo sie ansonsten auch immer stehen mögen - aus eigener leidvoller Erfahrung dazu verpflichtet sehen. Tkh.

Bundes der politisch, rassistisch und religiös Verfolgten in der "Filmbühne Wien" forderte der Vorsitzende, Adolf Burg, wirksame gesetzliche Maßnahmen gegen das mehr und mehr um sich greifende neonazistische Treiben in Westberlin und in der Bundesrepublik. Des weiteren sprach dort der anlässlich des DGB-Kongresses in Berlin weilende Vorsitzende der IG Metall in Bayer, Erwin Essl; er erklärte u.a.: Es wäre zu begrüßen, wenn der Bonner Innenminister Lücke die gleiche Energie zur Bekämpfung der Neofaschisten aufwenden würde, wie er sie für die Durchsetzung der Notstandsverfassung aufwendet".

Am Ehrenmal im Tiergarten ehrten der Botschafter der Sowjetunion in der DDR, Abrassimow, und der Oberkommandierende der in der DDR stationierten Truppen, Koschewoi, die Kämpfer der sowjetischen Armee, die für die Befreiung ihr Leben gaben.

Am Mahnmal in Plötzensee und an anderen Gedenkstätten in Westberlin wurde das Andenken derer, die im Widerstandskampf ihr Leben gaben, durch verschiedene Organisationen und Gewerkschaftsgruppen geehrt. Mitglieder der VVN Westberlin gedachten ihrer ermordeten Kameraden durch Niederlegen eines Kranzes in Plötzensee.

## Wer möchte in die Hohe Tatra fahren?

Für die von uns veranstaltete Reise in die Hohe Tatra vom 20. August bis zum 3. September sind noch Plätze frei. Preis DM 320.- ab und bis Berlin einschl. 3 Tage Aufenthalt in Prag und Besuchs von Lidice und Theresienstadt. Vollpension, Hotel und alle Fahrten inbegriffen.

Interessenten für diesen Aufenthalt in einem der schönsten Gebiete Europas bitten wir, sich baldmöglichst dazu anzumelden. Telefon 6 86 60 06.

V V N Westberlin

# Warum gegen Notstandsgesetze?

Der nachfolgende Brief, von Prof. Heinz Maus geschrieben und inzwischen von über 200 westdeutschen Professoren unterzeichnet, wurde dem Bundesvorstand des DGB und den Vorständen der einzelnen Gewerkschaften übermittelt. Seinem Inhalt kommt angesichts der auf dem Berliner Kongreß des DGB getroffenen Entscheidung Bedeutung zu.

Meine Damen und Herren,  
vor einem Jahre sandte ich Ihnen die Petition der 265 Professoren zur Verteidigung des Grundgesetzes gegen seine Durchbrechung durch eine Notstandsgesetzgebung. Wir konnten damals von den Beschlüssen der DGB-Kongresse von Hannover und Düsseldorf ausgehen, in denen sich die Gewerkschaftsbewegung als der sicherste Schutz der demokratischen Rechtsstaatlichkeit erwiesen hatte.

Verschiedene Pressemeldungen der letzten Tage, die zu den Besprechungen zwischen führenden Vertretern der Gewerkschaften und dem Herrn Bundesinnenminister Lücke Stellung genommen haben, sind der Anlaß, uns erneut an Sie zu wenden. Diese Pressemeldungen lassen zwar eine äußerst geschickte, aber darum nicht weniger undemokratische Taktik erkennen, die Ihnen die Dringlichkeit unseres abermaligen Appells deutlich machen dürfte.

Wir halten uns für verpflichtet, Sie daran zu erinnern, daß die Gefahren einer Notstandsgesetzgebung, wie sie einst die Weimarer Republik auflösen half, inzwischen durch das Bekenntnis führender Politiker und Vertreter der "Wirtschaft" zur "Formierten Gesellschaft" noch klarer hervorgetreten sind.

An der Gefährdung des Streikrechts der Arbeitnehmer durch Dienstleistungsverpflichtungen würde sich auch durch eine formelle Verbeugung der Verfassungsänderungsgesetze vor dem Streikrecht nichts ändern.

Die Beeinträchtigung der Informations- und Meinungsfreiheit würde auch bei obligatorischer "Selbstkontrolle" der Presse nur die Form, nicht aber den Inhalt wechseln. Für die Ausschaltung des Parlaments ist es prinzipiell belanglos, ob sie unmittelbar durch das bestehende Kabinett oder durch die

Zwangskoalition eines Notparlaments erfolgt, die jede echte Machtkontrolle durch den vom Grundgesetz gewünschten Widerstreit von Regierung und Opposition ausschaltet; die pluralistische Struktur der öffentlichen Ordnung wäre aufgehoben.

Auch wenn der sogenannte "äußere Notstand" zur Legitimation von Ausnahmerechten herangezogen werden sollte, würde sich die Gefahr nicht grundsätzlich mindern. In einer Periode, in der es keinerlei wirkliche Bedrohung des europäischen Friedens gibt, müßte vielmehr die Vorbereitung der Rechtslage der Bundesrepublik auf einen Krieg auch außenpolitisch beunruhigend wirken und überdies jede Politikergruppe in die Versuchung bringen, aus innenpolitischen Gründen mit dem Mittel der Verschärfung der außenpolitischen Lage zu hantieren, sobald ihr dies als opportun erscheint.

Wir machen Sie außerdem darauf aufmerksam, daß zur Aufhebung der alliierten Vorbehaltsrechte - wie Prof. Dr. Helmut Ridder gezeigt hat - keine Verfassungsänderung notwendig ist!

Allerdings hat sich die politische Situation seit 1962 materiell verändert, nämlich dadurch, daß die Proklamation des Zieles der "Formierten Gesellschaft" inzwischen unverhüllt erfolgt ist. Demgegenüber sind die bloß formellen Konzessionen, zu denen sich, wegen des Widerstandes der Gewerkschaften, diejenigen Kräfte bequemen mußten, die die Grundgesetzänderung so hartnäckig betreiben, wahrhaft zweit-, ja drittrangig.

Deshalb appellieren wir nochmals an den DGB und die Gewerkschaften, bei ihren früheren Beschlüssen zu bleiben, sie nicht aufzuweichen und auch künftig gemeinsam mit den kritischen Vertretern der Wissenschaft und des Geistes die Verfassung zu schützen.

# Drei der vier Massenmörder profitierten-

In dem Prozeß vor dem Moabiter Schwurgericht gegen 4 ehem. SS-Führer vom "Einsatzkommando 9" wurde am 6. Mai das Urteil gesprochen. Der zeitweilige Führer dieses Kommandos, der ehem. SS-Obersturmbannführer Wiebens wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Seine Mordkumpane Tangermann und Rath kamen mit 6 bzw. 5 Jahren Zuchthaus davon und der Angeklagte Schäfer, für den 10 Jahre Zuchthaus beantragt waren, wurde sogar mangels letzter Schuldbeweise freigesprochen.

Das Typische und der große Mangel dieses sich über 7 Wochen hinziehenden Verfahrens waren, daß Ankläger und Richter für die Beweiserhebung und Schuldüberführung fast ausschließlich auf Zeugen angewiesen waren, die "mitgemacht" hatten, also als Angehörige dieses SS-Kommandos mehr oder minder an dem Massenmorden beteiligt waren und daher Mitschuldige sind.

Gewiß sind die weitaus meisten der wirklichen Zeugen stumm gemacht, Opfer des Massenmordens geworden. Aber warum erschien nicht ein einziger Überlebender als nichtbelasteter Tatzeuge vor Gericht, um damit die Schuldüberführung wesentlich zu erleichtern?

Diesen großen Mangel hat das Westberliner Verfahren mit vielen ähnlichen, in der Bundesrepublik durchgeführten Prozessen gemeinsam; ein Kardinalmangel, der sich stets und wesentlich zu Gunsten der angeklagten Massenmörder auswirkt, der Möglichkeiten bietet, die ohne Frage geschickt und zudem organisiert genutzt werden. Das deutete auch der Gerichtsvorsitzende, Landgerichtsdirektor Berger, an, indem er erklärte: "Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß von gewisser Seite auf Zeugen eingewirkt worden ist."

Der typische "Gedächtnisschwund" der heute am Wirtschaftswunder zumeist gut beteiligten SS-Zeugen, (ansonsten konnten sie sich selbst an kleinste Einzelheiten, sofern sie den Schuldkomplex nicht berührten, bestens erinnern) stellte Richter, Ankläger, Geschworene und Zuhörer vor harte

Geduldsproben und gab diesem Prozeß eine bedrückende, unbefriedigende Atmosphäre. Auf Kosten von Gerechtigkeit und Sühne profitierten drei der vier angeklagten Massenmörder davon, besonders der ehem. SS-Sturmbannführer Oswald Schäfer mit seinem Freispruch!

Verlauf und Ausgang dieses Verfahrens fordern die Frage heraus: Welcher Voraussetzungen bedarf es, um gnadenlose faschistische Massenmörder der verdienten Strafe zuzuführen? - In unserer nächsten Ausgabe wollen wir in einer ausführlichen Einschätzung dieses Verfahrens durch einen Beobachter darauf zurückkommen.

## In Sachen NPD

schrrieb Herr Dr. med. Otmar Liegl aus Bln.-Buckow in einer Zuschrift an den "Tagesspiegel" u. a. :

"...In der Geschichte unseres Volkes sind die "nationalen" Parteien traditionell immer antidemokratisch gewesen. Nationale Kreise, mit den Nazis in der Harzburger Front verbrüdet, hatten Hitler in den Sattel gehoben. Gemeinsam schlugen sie das deutsche Volk in Fesseln. Sie haben Deutschland auf dem Gewissen. Um der Weimarer Republik den Garaus zu machen, erfanden sie eine Mär: die Dolchstoßlegende...

Es ist das erstemal in unserer Geschichte, daß eine "nationale" Partei alten Schlages mit einem demokratischen Aushängeschild firmiert. Viele Früchte hat die NPD noch nicht hervorgebracht. Die wenigen sind alarmierend genug. Ehem. Nationalsozialisten haben bei ihr eine Heimstatt. Unter betonter Mißachtung der Millionen gemarteter und zu Tode geschundener Opfer des "Dritten Reiches" wallfahrten ihre Anhänger zu den Grabstätten brauner Massenmörder. Ich meine, wir können es uns nicht leisten, erst abzuwarten, bis sich das demokratische Mäntelchen der NPD so effektiv als arglistige Täuschung und infamer Schwindel erwiesen hat wie das positive Christentum der Nazis."

# Sie - sind oben auf

Das Internationale Auschwitz-Komitee berichtet in der April-Ausgabe seines Informations-Bulletins über ein Bankett, das kürzlich in Westdeutschland stattfand. In dem Bericht heißt es:

Die dabei anwesenden Berichterstatter der Illustrierten "Revue" gewähren uns einen Einblick in die dort versammelten Gäste. Unter anderen befand sich dort Theodor Groever, der am 30. Dezember v. J. vom Schwurgericht in Wuppertal für die Mitwirkung an der Ermordung von 810 sowjetischen Kriegsgefangenen zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ferner Robert Mohr, der im gleichen Prozeß für die Erschießung von 771 Personen und Vergasung von 530 Personen in den Gaskammern zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Ab 8. Februar befinden sich beide Herren bereits auf freiem Fuß. Das Bankett wurde von Freunden Groevers aus Anlaß seiner Freilassung veranstaltet. Nun lassen wir hier einige interessante, von den Reportern der "Revue" notierte Fragmente der Gespräche auf diesem Bankett folgen:

"Unser Theo, das ist ein Mordskerl! Wenn die Partei wieder da ist, wird er keine geringe Karriere machen!" ...Ein anderer Freund namens Grünenmacher: "Theo, Du hast damals zu wenig Juden kaputtgemacht. Mehr Seife hätte wohl nicht geschadet". Darauf erwiderte Groever: "Du hast ganz recht". Grünenmacher: "Paß mal auf, in zehn Jahren kommt die Partei wieder ans Ruder".

\* \* \*

"Also alles in bester Ordnung" - kommentiert der polnische Publizist der westlichen Presseagentur - "Groever und Mohr können ruhig dem kürzlich aus dem Zuchthaus entlassenen ehemaligen Adjutanten von Auschwitz, Mulka, und den beiden zugleich mit ihm verurteilten Henkern, Stark und Broad, bei einem Glas Champagner begegnen. - Die Hauptsache, daß die Presse über die rechtmäßig stattfindenden Prozesse gegen die Naziverbrecher berichten kann. Das Übrige läßt sich irgendwie erledigen".

Dieser Bericht ist nur ein Beispiel für den tatsächlichen Ausgang vieler ansonsten groß aufgemachter Kriegsverbrecherprozesse, auf die man offiziell hinweist, um der Welt glaubhaft zu machen, wie sehr man auf "Bewältigung der Vergangenheit" bedacht ist.

Als eine "Amnestie durch die Hintertür" bezeichnet sehr treffend die "Neue Züricher Zeitung" die Haftentlassungen von in Kriegsverbrecherprozessen Verurteilten. Das Blatt dokumentiert damit, daß sich die Weltöffentlichkeit eben doch nicht täuschen läßt und schreibt des Weiteren: "Das Ansehen und das Vertrauen, das sich die deutsche Justiz ... erworben hat, droht wieder verloren zu gehen, wenn auf kaltem Wege mit durchsichtig formalistischen Begründungen eine Amnestie für Kriegsverbrecher angeordnet wird, die auf direktem gesetzlichen Wege niemals zu erreichen wäre".

\* \* \*

Nazi- und Kriegsverbrecher und die ihnen wohlgesonnenen Kreise warten nun sehnsüchtig auf den endgültigen "Schlußstrich", auf 1970, auf den von der Bundesregierung beschlossenen Termin der Verjährung aller ihrer Verbrechen - und auch darauf, daß "die Partei wieder da ist", die heute ja wohl NPD heißt.

Die FIR hat deshalb auf ihrer Sekretariatssitzung Ende März zwei Aufgaben der internationalen Widerstandsbewegung als besonders vordringlich herausgestellt:

1. Die Bildung (noch im Laufe des Jahres 1966) des Komitees zur Ausarbeitung und Durchführung der Kampagne gegen die Verjährung der Nazi-Verbrechen.
2. die möglichst rasche (noch im Jahre 1966 erfolgende) Verwirklichung der Bedingungen eines Treffens auf europäischer Ebene, auf dem die immer drängenderen Gefahren einer Politik aufgezeigt werden, die die Hegemonie des deutschen Militarismus begünstigt und die gegenwärtig vorhandenen Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Friedens bedroht.

# Ein wertvoller Helfer im Kampf um gerechte Wiedergutmachung

Der 30. September 1966 ist für viele Verfolgte ein sehr wichtiger Termin, ist er doch der aller Voraussicht nach letzte Zeitpunkt, bis zu dem bisher nicht geltend gemachte, bzw. zwar angemeldete aber bisher nicht beweiskräftig substantiierte Entschädigungsansprüche beantragt werden können.

Durch das sog. BEG-Schlußgesetz vom 14. September 1965 sind eine ganze Reihe erweiterter Entschädigungsmöglichkeiten gegeben worden (das bezieht sich auch auf die Verbesserung bereits bezogener Renten), die nicht nur Verfolgten selbst, sondern auch deren Hinterbliebenen oder Angehörigen, u. U. auch Erben zustehen.

Es ist nicht immer möglich, in einer Beratung durch die Organisation oder durch einen Rechtsanwalt alle durch das Gesetz gegebenen Möglichkeiten zu erkennen und auszuschöpfen. Hier ist die Selbsthilfe des einzelnen Anspruchsberechtigten dringend geboten, die ihm jetzt durch ein soeben (sozusagen in letzter Stunde) erschienenenes Handbuch wesentlich erleichtert wird.

Im Verlag Franz Vahlen G.m.b.H., Berlin 45, Wildenowstraße 6, erschien zum Preise von DM 36.- das Handbuch "Wiedergutmachungsgesetze", dessen drei Verfasser über beste Sachkunde und Praxis auf diesem Gebiet verfügen: Dr. jur. H. G. van Dam, Düsseldorf, Martin Hirsch, Bundestagsabgeordneter der SPD und Rechtsanwalt in Berlin und Rolf Loewenberg, Rechtsreferent, ebenfalls in Berlin.

Der 412 Seiten umfassende Leinenband kann als ein nahezu erschöpfendes Hand- und Nachschlagebuch für Entschädigungsfragen angesprochen werden. Daß er nicht völlig erschöpfende Auskunft geben kann, resultiert daher, daß noch immer nicht alle Durchführungsverordnungen zum BEG erlassen worden sind. So fehlt z.B. noch immer die Verordnung darüber, welche Lager als KZ-Lager im Sinne des Gesetzes anerkannt werden. Über die tatsächliche Auswirkung und den Umfang des

Härteausgleichs nach § 171, der für viele bisher abgelehnte oder ausgeschlossene Verfolgte von wesentlicher Bedeutung ist, kann auch das Handbuch keine befriedigende Auskunft geben. Immerhin wird darin eindeutig die rechtliche Benachteiligung vieler nach § 6 BEG ausgeschlossener Verfolgter festgestellt und auf die Möglichkeit verwiesen, daß dieses Unrecht durch den Härteausgleich wenigstens zum Teil wieder aufgehoben werden kann. Die Erfüllung dieser gerechtfertigten Forderung jedoch ist ungewiß, weil sie gesetzlich nicht abgesichert ist. Dennoch sollte diese Möglichkeit genutzt werden!

Der Band enthält die Texte des BEG und seiner wichtigsten Durchführungsverordnungen nach dem neuesten Stand, gleichfalls die des Bundesrückerstattungsgesetzes und des PrV-Gesetzes, (letzteres nur in Westberlin geltend) ein Verzeichnis aller bisher erlassenen Wiedergutmachungsvorschriften, die Heilverfahrensrichtlinien, ein Verzeichnis und die Charakterisierung der Bäder und Kurorte, ein Verzeichnis der NS-Sondergesetze gegen Juden von 1933 bis 1945, das Haushaltssicherungsgesetz vom 20. Dez. 1965 mit seinen Verordnungen, ein Sachregister, (das die Auffindung der jeweils gesuchten Bestimmung erleichtert), und ein Literaturverzeichnis.

Der für den Laien jedoch wertvollste Teil des Handbuches ist eine über 70 Seiten umfassende systematische Darstellung des BEG-Schlußgesetzes vom 14. Sept. 1965, die auf den Beratungen und Vorschlägen des Wiedergutmachungsausschusses des Bundestages basiert, dessen Vorsitzender der Abgeordnete Martin Hirsch war. Dieser Text ist ganz besonders geeignet, dem einzelnen Verfolgten den Sinn des Gesetzes und die durch das Gesetz gegebenen Möglichkeiten verständlich zu machen. Er findet hier für die Geltendmachung der einzelnen Schadensfälle die zu beachtenden Hinweise, und Hinweise auf die Möglichkeiten, ▽

die durch das Gesetz (in oft verklausulierter Form) gegeben werden. Damit wird jener noch immer großen Zahl von Verfolgten, deren Rechtsansprüche bisher überhaupt nicht oder nur teilweise erfüllt wurden, eine gute Hilfe für deren Durchsetzung gegeben. So wird u.a. darauf hingewiesen, daß vor Inkrafttreten des BEG-Schlußgesetzes geschlossene Vergleiche angefochten werden können, und in welchen Fällen Rentenerhöhungen, bzw. überhaupt Rentenzahlungen von Hinterbliebenen oder Angehörigen beantragt werden können.

Daneben enthält das Buch noch mehrere Tabellen über Einkommens-, Besoldungs- und Rentengruppen, die es ermöglichen, die Berechnung einer Kapitalentschädigung oder Rente zu überprüfen.

Alles in allem kann die Anschaffung dieses Handbuches jedem Verfolgten empfohlen werden, dem noch immer keine gerechte Wiedergutmachung zuteil wurde und der genötigt ist, nach 21 Jahren noch immer darum zu kämpfen.

Selbstverständlich ist der Band für jeden, der beruflich, amtlich oder ehrenamtlich mit Entschädigungsfragen zu tun hat, ein praktischer Helfer, weil er klar und übersichtlich geordnet das Wesentliche enthält und in seinem Umfang (und demzufolge auch in seinem Preis) ein vernünftiges Maß nicht überschreitet. Tkh.

## *Schmutzige Geschäfte*

UPI berichtete: "Die Jugend der Vereinigten Staaten bevorzugt seit einigen Wochen einen neuen Modeschmuck: die ehem. deutschen Tapferkeitsauszeichnungen 'Eisernes Kreuz'. Überall in den USA tragen junge Mädchen Ringe und Halsketten mit 'EK'. Als besonders schick gilt es, dem 'Eisernen Kreuz' nachgebildete Ohringe zu tragen..." - Dieser makabre Modetick wurde von skrupellosen Geschäftemachern inszeniert, denn solche "Schmuckstücke" wachsen schließlich nicht wie Pilze im Walde. Diese Elemente wollen jetzt noch auf gleiche Weise aus dem Schandmal der Nazis, aus dem Hakenkreuz-Emblem, schmutziges Kapital schlagen.

## *An alle Kameraden: Dringende Erinnerung!*

Nach dem 2. Änderungsgesetz zum Bundesentschädigungsgesetz vom 14. 9. 1965 (BEG-Schlußgesetz) sind alle Entschädigungsansprüche, die angemeldet wurden aber bisher noch nicht bearbeitet oder entschieden sind, bis zum 30. 9. 1966 ausführlich zu begründen, wenn sie nicht der Ablehnung verfallen sollen.

In vielen Fällen müssen die Nachweise, (Dokumente, Zeugenaussagen, Bescheinigungen usw.) unter schwierigen Bedingungen erst herangeschafft werden, wozu vielfach die Unterstützung durch unser Sekretariat oder unsere Rechtsanwälte nötig ist. Da bis zum 30. 9. 66 nur noch 4 Monate Zeit ist und der Urlaub unserer Kameraden wie auch unserer Anwälte die Zeit für evtl. notwendige Nachforschungen weiter verkürzt, bitten wir alle unsere Mitglieder, die noch Ansprüche an das Entschädigungsamt haben, um sorgfältige Prüfung, ob sie die gesetzlich vorgeschriebene Begründung ihrer Ansprüche beim Entschädigungsamt schriftlich niedergelegt und die notwendigen Beweismittel beigebracht haben.

Wir bitten, in allen Zweifelsfällen bis

spätestens 30. Juni 1966

sicherheitshalber die Sprechstunden unseres Sekretariats zu benutzen und möglichst sofort mit der Bereinigung aller noch vorhandenen Unklarheiten zu beginnen.

Sprechstunden:

Dienstags von 9 bis 17 Uhr

Freitags von 9 bis 18 Uhr

Telefon: 6 86 60 06 -

V V N   W e s t b e r l i n  
Berlin 44, Boddinstr. 64 I  
(U-Bhf. Rathaus Neukölln)

# Bomben, Korruption und Ausbeutung

Neben dem grausamen Kriegsgeschehen in Vietnam zeigt die amerikanische Aggression auch ihre "zivilen" Schattenseiten. Das Wort, daß der Krieg die Menschen schlecht macht, bewahrt sich heute vor allem in der 2-Millionen-Stadt Saigon, die die amerikanischen Interventionen zu ihrem Hauptstützpunkt in Südostasien gemacht haben.

Das, was wir ab Juli 1945 im amerikanischen Sektor Berlins erlebten, findet heute in Saigon in weit krasserem Ausmaß unter der 30 000 Mann zählenden Besatzung der USA-Aggressoren eine Wiederholung. Ein westlicher Korrespondent, H.W. von Stockhausen, schreibt dazu u.a.:

...Allabendlich erhöht sich diese Zahl noch um viele Hunderte, die aus Lagern und Stützpunkten der näheren Umgebung hereinkommen. Saigon ist ein einziges amerikanisches Erholungszentrum geworden...

Alle zehn Schritte trifft man auf Halbwüchsige, darunter Studenten, die sich anbieten, zu dem ins Schwindelhafte gestiegenen Schwarzgeldkurs Geld zu wechseln. Offiziell steht der Dollar noch bei 73 Piaster. Touristen, die es nicht mehr gibt, erhalten einen fast um die Hälfte besseren Kurs bei den Banken. Der Schwarzmarktkurs für einen "grünen" Dollar steht inzwischen bei 180 Piaster. Die indischen Ladenbesitzer an der Rue Catinat, die heute Tu Do heißt, horten Dollars, vor allem hohe Werte. Jeder, der es hier irgendwie schaffen kann, sammelt Geld, um ins Ausland zu kommen. Bangkok ist für viele das nächstmögliche Fluchtziel, wenn es für die USA oder Frankreich nicht ausreicht.

Saigon ist von amerikanischen Waren aller Art überschwemmt. In unmittelbarer Nähe des Stadtzentrums hat sich in aller Öffentlichkeit ein riesiger Schwarzer Markt entwickelt. Hier gibt es von der Armeepistole bis zu Fernsehapparaten, kostspieligen Präzisionsgeräten und Lebensmitteln alles, was man braucht. Das meiste stammt aus den PX-Läden in der Stadt. Vietnamesische Polizeioffiziere sprechen die US-Soldaten, die aus dem PX kom-

men, (Marketenderwarenläden der US-Armee) an, ob sie ihnen Whisky, Zigaretten oder elektrische Geräte mitbringen können.

Die unbegreifliche Haltung der amerikanischen Behörden (ist sie so unbegreiflich?; d.R.) hat binnen kurzem Vietnam in unvorstellbarem Ausmaß korrumpiert. Dieser Zustand reicht von der Regierungsspitze bis in die untersten Bevölkerungsschichten.

Washington braucht sich über das Anwachsen anti-amerikanischer Stimmung nicht zu verwundern. Der Verwesungsgeruch der Etappenstadt Saigon kommt nicht allein aus den stinkenden Müllhaufen an den Straßenrändern...

Ein hoher US-Offizier sagte: "Wir haben schon viele Fehler gemacht, seit wir in dieses Land kamen, die 30 000 GI's hier sind der schlimmste von allen. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn die Bevölkerung immer mehr anti-amerikanisch wird. Der VC (Nationale Befreiungsfront) muß da leichtes Spiel haben."

So viel aus dem Bericht von Stockhausen, in dem allerdings nichts darüber gesagt wird, daß diese Lebensweise der sich in Saigon breitmachenden Aggressoren nach der amerikanischen Devise "Business first" (zuerst das Geschäft) noch zusätzlich neben all den schweren Opfern an Menschenleben und Gütern vom vietnamesischen Volk getragen und bezahlt werden muß. Das alles kommt noch zu den von Bomben zerstückelten Leibern von Männern, Frauen und Kindern, zu den verbrannten Hütten und Feldern hinzu. Es wird das um seine Freiheit ringende Volk von Vietnam nur in seiner Entschlossenheit bestärken, sich von den Trägern dieser "Kultur" und ihren willigen Dienern, den korrumpierten Verrätern in den eigenen Reihen, zu befreien.

Diesen gerechten Kampf zu unterstützen, mitzuhelfen, diesen dunkelsten Schandfleck unserer Gegenwart zu tilgen, steht als Aufgabe vor allen zivilisierten Menschen in der Welt, nicht zuletzt auch deshalb, weil das Verhalten der USA in Vietnam zu einem weltweiten Konflikt führen kann, ▷

# formierte Gesellschaft oder Ordnung der Vernunft

von Max Oppenheimer

Der Wahlsieg der CDU und CSU im verflossenen Jahr hat für die Gegner der Erhardschen Politik erneut - jedoch nicht zum erstenmale - die Frage nach einer echten und für die Mehrheit der Bevölkerung akzeptablen Alternative aufgeworfen. Die in der SPD und FDP, in den Gewerkschaften und in Kreisen der Intellektuellen begonnene Diskussion ist von eminenter Bedeutung und Dringlichkeit, weil kein Zweifel darüber herrschen kann - und alle politischen Aussagen der Regierung beweisen das -, daß die Koalition das Wahlergebnis als Freibrief zur Verschärfung der bisher praktizierten Innen- und Außenpolitik betrachtet.

Das CDU-Programm einer "formierten Gesellschaft" widerspiegelt deutlich die enge Verflechtung der Mammut-Unternehmen in Industrie und Finanz mit der Regierung. An die Stelle der pluralistischen Struktur der Bundesrepublik, wie im Grundgesetz niedergelegt, soll die zentralistische Hierarchie nach dem Vorbild der Industrie-Konzerne treten. Die Absicht, die mit

▷ von dem kaum ein Land verschont bleiben dürfte.

Der französische Schriftsteller Jean Paul Satre erklärte dazu:

"Wie ist es möglich, nicht zu begreifen, daß die USA Südvietnam in kolonialistischer Abhängigkeit halten und dort eine Diktatur errichtet haben, eine Scheinregierung, die einzig dazu bestimmt ist, zu verschleiern, daß dort ein ganzes Volk in Sklaverei gehalten wird?

Amerika möchte in Südostasien einen militärischen Stützpunkt haben und, um ihn zu behalten, ist es bereit, die Menschheit in das Risiko eines Krieges zu bringen.

Meine Meinung ist, die Menschen Westeuropas sollten sich gemeinsam zu einem Protest gegen den Zynismus und die Barbarei der amerikanischen Politik in Vietnam zusammenschließen, die den Weltfrieden in tödliche Gefahr bringt."

solchen Plänen verfolgt wird, liegt nicht nur in der möglichst weitgehenden Ausschaltung der ökonomischen und politischen Widerstände, vor allem der Gewerkschaften, ähnlich wie zur Zeit der "Volksgemeinschaft" unseligen Andenkens, sie geht weit darüber hinaus. Durch wirtschaftliche und militärische Stärke sollen die Voraussetzungen zur "Heimholung" der DDR, zur Wiederherstellung der Grenzen von 1937, wenn nicht gar von 1939, kurz, die Hegemonie eines Deutschen Reiches in Europa geschaffen werden.

Die Fehlerquellen dieses Planes scheinen den Autoren und Anhängern einer "formierten Gesellschaft" entgangen zu sein. In ihrer Überheblichkeit vergaßen sie, den Faktor Mensch, d. h. das eigene Volk und die anderen Völker, einzukalkulieren. Ihre Fehlspekulation wird deutlich in der wachsenden Unruhe der Arbeitnehmer, im Aufbegehren der akademischen Jugend, der Männer der Wissenschaft und des Geistes mit ihrer Forderung nach einem Mehr statt einem Weniger an politischer Freiheit.

Auf noch größere Hindernisse stößt die Realisierung des Erhardschen Planes durch die Haltung des Auslandes. Unsere Nachbarn im Osten und im Westen sind keineswegs an einer Wiederkehr der Situation des Jahres 1939 mit allen ihren fatalen Folgen interessiert.

Es wäre jedoch ungenügend, sich mit einer Analyse zufriedenzugeben. Jetzt kommt es darauf an, Schlußfolgerungen zu ziehen, um den Weg zum autoritären Obrigkeitsstaat, zur Verwirklichung der Großmacht- und Atom-Träume zu verbauen.

Bei den politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre hat es sich gezeigt, daß es den Demokraten möglich war, Erfolge auf bestimmten Gebieten, so im Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung, im Ringen um die Presse- und Meinungsfreiheit und gegen die Verjährung der NS-Verbrechen

zu erringen. Allerdings muß gesagt werden, daß nur eine relativ kleine Zahl der potenziellen Gegner des Regierungskurses zum aktiven Handeln gewonnen werden konnte. Ohne ein Erkennen und ohne eine Überwindung dieser Schwächen der demokratischen Bewegung wird es auch in Zukunft nur schwer möglich sein, einen vollen Erfolg zu erzielen. Das Gewicht der demokratischen Opposition kann nur wirksam werden, wenn sich die Bevölkerung in der Bundesrepublik des vollen Umfangs der Gefahr bewußt wird.

Ohne Zweifel ist es bedeutsam, wenn eine echte Opposition gegen bestimmte Aspekte der Regierungspolitik vorhanden ist. Darüber hinaus jedoch ist es notwendig, unser Volk davon zu überzeugen, daß die Wahrung der nationalen Interessen nur möglich ist durch eine Politik der Abrüstung und der Verständigung sowie der Verteidigung und Ausweitung der im Grundgesetz verankerten Rechte und Freiheiten.

Eine solche Konzeption sichert die Kontinuität der demokratischen und freiheitlichen Traditionen in der deutschen Geschichte. Sie dient keineswegs - wie manche behaupten - nur bestimmten sozialen Schichten oder parteimäßigen Gruppierungen. Sie nutzt in Wahrheit der ganzen deutschen Nation. Allerdings müßte sie auch anti-monopolistisch sein und sich gegen das ökonomische und militärische Expansionsdenken jener Kreise wenden, die in der Vergangenheit Hitler auf den Schild hoben und damit die Verantwortung für die deutsche Katastrophe tragen.

Im Interesse einer echten Neuorientierung zur Beendigung der tragischen Fehlentwicklung der Nachkriegsperiode ist es notwendig, daß Arbeiter, Angestellte und Techniker, Bauern und Gewerbetreibende, Wissenschaftler, Künstler und Unternehmer den Weg zum gemeinsamen Handeln finden. Ihre Existenz und ihr Leben sind gefährdet, wenn die Bundesregierung im Vietnam-Krieg intervenieren würde. Ihrer aller Freiheit ist bedroht, wenn die Notstandsgesetze Wirklichkeit würden. In ihrem Interesse liegt es, gemeinsam für eine Politik der Verständigung zwischen den deutschen Staaten einzutreten, für allgemeine und kon-

## Der Rüstungswahnsinn

Die Gesamtsumme der Ausgaben für militärische Rüstung in der Welt beträgt gegenwärtig etwa 150 Milliarden Dollar, also über 600 Milliarden Deutsche Mark pro Jahr.

Rund 60 Prozent aller Ausgaben für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung in der Welt fließen in die Rüstung. In den militärischen Zwecken dienenden Forschungsstätten sind ständig nahezu 500 000 Wissenschaftler und fast 2 Millionen Laborangestellte und Assistenten tätig.

Die Belastung des Nationaleinkommens durch die militärische Rüstung ist in der Bundesrepublik besonders hoch. Etwa 35 Prozent des gesamten Volkseinkommens werden in die Rüstung gesteckt. Die Folge dessen sind offensichtliche Notstände im Sozialwesen, in der Volksbildung und in der Entwicklung der Wissenschaften, die humanen und friedlichen Zwecken dienen. Wie Hunderte von Millionen DM des Volkseinkommens sinnlos vergeudet werden, lehrt nicht nur der bekannt gewordene Skandal um die 'fliegenden Särge', die Starfighter. Das alles lehrt, welche große Bedeutung den Verhandlungen beizumessen ist, die zum Ziele haben, diesen äußerst gefährlichen Rüstungswahnsinn einzudämmen.

---

trollierte Abrüstung zu wirken und ein echtes wirtschaftliches und politisches Mitbestimmungsrecht durchzusetzen. So würde dem Plan der formierten Gesellschaft eine Ordnung der Vernunft entgegengesetzt werden.

In einer Welt, die mehr und mehr von der Entwicklung der Wissenschaft und Technik geprägt wird, muß der Pulsschlag der Zeit auch in der Politik eines Staates seinen Niederschlag finden. Gerade in der Bundesrepublik, im Herzen Europas gelegen, mit einer schweren Vergangenheit belastet, ist die Erfüllung dieser Aufgabe von eminenter Bedeutung für die friedliche Zukunft unseres Volkes und der Völker Europas.

(Aus: "Bulletin des Fränkischen Kreises" Nr. 84)

# Vor 30 Jahren begann der spanische Freiheitskampf

Am 18. Juli 1936 begann der heldenhafte, fast dreijährige Widerstand des spanischen Volkes gegen den Militärputsch der klerikal-faschistischen Reaktion und die bewaffnete Intervention der deutschen und italienischen Faschisten in Spanien. Die Kenntnis von den Motiven und dem Verlauf dieses Ringens ist für das Verständnis der Geschichte und der politischen Entwicklung auch heute noch von großer Bedeutung.

Die aus den siegreichen Volksfrontwahlen vom 16. Feb. 1936 hervorgegangene bürgerlich-demokratische Regierung der spanischen Republik hatte begonnen, das Wahlprogramm der Volksfront zu verwirklichen. Bedeutende soziale und politische Veränderungen zeichneten sich ab. Die revolutionäre Arbeiterbewegung wuchs sprunghaft an. Spanien gab das erste Beispiel eines Landes in Europa, in dem die Arbeiterklasse ihre Einheit herzustellen begann und die Volksmassen unter ihrer Führung einen demokratischen Weg der nationalen und sozialen Befreiung beschritten.

Das bedrohte die Interessen der klerikal-feudalen Reaktion, der volksfremden Militärs und der ausländischen Monopole, die Spaniens Wirtschaft beherrschten. Diese Kräfte organisierten einen Militärputsch gegen die legale Verfassung und Regierung, um nach dem Beispiel Hitler-Deutschlands und Italiens eine faschistische Diktatur zu errichten. Die spanische Reaktion wurde dabei von den deutschen und italienischen Faschisten ermuntert und unterstützt. Denn diesen war der Sieg der Volksfront und die demokratische Entwicklung in einem europäischen Land gefährlich.

Die Erfolge der spanischen Volksfront wirkten stark auf den damals sichtbar fortschreitenden Prozeß der Sammlung aller deutschen Hitlergegner ein. Für Hitler-Deutschland aber spielte Spanien eine bedeutende strategische Rolle in der Vorbereitung auf den zweiten Weltkrieg. Die deutschen Imperialisten wollten sich in Spanien einen zuverlässigen Verbündeten im Rücken Frankreichs schaffen und betrachteten das Land als Ausgangsbasis im Kampf um die Beherrschung des Mittelmeeres. Spaniens Rohstoffquellen

hatten für sie großen strategischen Wert. Zudem bot sich hier für Hitlers Generalstab die Gelegenheit, neue Waffen und neue Formen der Kriegstaktik zu erproben. Schließlich fürchteten deutsche und italienische Monopole den Verlust ihrer Anlagen und Märkte in Spanien.

Schon die Auslösung des Militäraufstandes geschah mit Hilfe der Hitlerregierung. Der auf die Kanarischen Inseln verbannte Francisco Franco wurde von der deutschen Militärspionage nach Spanisch-Marokko gebracht, um die Führung der faschistischen Meuterei zu übernehmen. Deutsche und italienische Flugzeuge transportierten Francos Truppen und Fremdenlegionäre von Marokko nach Südspanien. Schließlich weitete sich diese Hilfe zur offenen militärischen Intervention aus. Der Kampf des spanischen Volkes entwickelte sich zur ersten bewaffneten Schlacht gegen den aggressiven internationalen Faschismus.

Das spanische Volk leistete gegen die Militärrevolte und die ausländischen Interventen heroischen Widerstand. Die Arbeiter stürmten die Kasernen, bewaffneten sich und schlugen den Putsch an vielen Orten nieder. Dreiviertel des Landes befanden sich schon fest in den Händen der Volksfrontregierung. Das spanische Volk vollbrachte an der Front und im Hinterland bewundernswerte Leistungen. Jose Dias, der verstorbene Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens und die Bergarbeiterführerin Dolores Ibarurri verkörperten in diesen Kampfesjahren die Seele und das Gewissen Spaniens. Der Putschist Franco wäre endgültig geschlagen worden, wenn er nicht in ständig wachsendem Maße von deutschen

und italienischen Faschisten und Imperialisten mit Söldnern, Instruktoren und Waffen unterstützt worden wäre. So wurden bis zum Ende des Bürgerkrieges etwa 50 000 deutsche und etwa 100 000 italienische Faschisten dort zum Kampf eingesetzt.

Besonders der deutsche Imperialismus zeigte hier seine ganze Brutalität. Seine "Legion Condor" mordete Tausende spanische Frauen und Kinder. Die Bombardierungen Almerias, Barcelonas und Guernicas durch Hitlers Legionäre nahmen vorweg, was viele Länder dann im zweiten Weltkrieg an skrupelloser, grausamer Zerstörung durch deutsche Faschisten erlitten.

Eine traurige Rolle spielten dabei die reaktionären Kräfte in England und Frankreich, die in dem Erstarken der spanischen Volksfront eine Bedrohung sahen. Mit ihrer Politik der angeblichen Nichteinmischung fielen sie dem spanischen Volk in den Rücken. Ihr Nichteinmischungs-komitee unterband in keiner Weise die militärische Hilfe des faschistischen Deutschland und Italien für Franco. Die Interventionen schickten ungehindert immer mehr Menschen und Kriegsmaterial nach Spanien, während Frankreich die Grenze zum demokratischen Spanien sperrte und deutsche und italienische Schiffe die Küsten Spaniens blockierten. Die Politik der Nichteinmischung war eine Kapitulation vor dem Faschismus, eine Begünstigung seiner räuberischen Eroberungspolitik. Sie führte folgerichtig zu dem schändlichen Abkommen von München und zum 2. Weltkrieg.

Es gab damals nur einen Staat, die junge Sowjetunion, die das um seine Freiheit ringende spanische Volk politisch, ökonomisch und militärisch unterstützte. Die Sowjetunion ließ sich dabei von der Erkenntnis leiten, damit den weiteren Vormarsch des Faschismus in Europa und damit auch die Kriegsgefahr einzudämmen.

\* \* \*

Eine besondere Würdigung verdient die Bewährung der internationalen Solidarität im spanischen Freiheitskampf. Fortschrittliche Menschen aus 52 Nationen griffen damals zu den Waffen, um den spanischen Brüdern beizustehen.

Zehntausende Freiheitskämpfer folgten dem Aufruf der Kommunistischen Internationale und setzten Blut und Leben ein. Allein etwa 5 000 deutsche Antifaschisten reihten sich bis 1939 in die Internationalen Brigaden und in spanische Armeeeinheiten ein. 3 000 von ihnen gaben auf spanischem Boden ihr Leben für Spaniens und Deutschlands Freiheit. Der Kampf der 11. Internationalen Brigade mit ihren Bataillonen "Ernst Thälmann", "Edgar André" und "Hans Beimler" ist ein Ruhmesblatt in der Bewährung der internationalen Solidarität. Er war eine große Ermutigung für die in der Heimat gegen den Hitler-Faschismus ankämpfenden Deutschen.

Nach fast dreijährigem Krieg unterlag das spanische Volk und seine tapferere Armee der erdrückenden materiell-technischen Übermacht der mit modernsten Waffen ausgerüsteten faschistischen Truppen. Aber dieser ehrenvolle Kampf war nicht vergebens. Er hatte trotz der Niederlage und der großen Opfer die Welt wachgerüttelt. Der spanische Freiheitskampf trug wesentlich dazu bei, daß sich während des zweiten Weltkrieges der bewaffnete Widerstand der Volksmassen in allen vom Hitlerfaschismus überfallenen Ländern entwickelte. Ehemalige Spanienkämpfer kämpften in der Roten Armee, in den Partisaneneinheiten und Widerstandsorganisationen der vom Faschismus besetzten Länder.

\* \* \*

Heute, 30 Jahre später, besteht wieder eine enge Verbindung zwischen den reaktionären Vertretern der westdeutschen Monopole und dem faschistischen Franco-Regime. Politiker der CDU/CSU, wie Gerstenmaier, Krone, Jaeger, Strauß u.a. stehen in Verhandlungen mit Franco, um den Einfluß der Bundesrepublik in Spanien zu verstärken und Militärbasen für die Bundeswehr zu errichten. Die gleichen deutschen Kräfte, die damals den Franco-Faschismus stützten, sind heute Komplizen der Diktaturen in Portugal, Südafrika, im Kongo, in Südkorea und in Südvietnam. Aber 1966 ist nicht 1936. Damals gab es nur ein einziges sozialistisches Land, die Sowjetunion, die als

einzigem Staat dem spanischen Volk in seinem Kampf beistand. Heute gibt es ein sozialistisches Weltlager, das eine gewaltige materielle und moralische Kraft verkörpert. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein Teil davon und in vielen verantwortlichen Stellen ihrer Regierung und Armee stehen noch heute deutsche Antifaschisten ihren Mann, die an dem Befreiungskampf des spanischen Volkes Anteil hatten.

\* \* \*

Es ist bekannt, und immer wieder bestätigen Pressemeldungen, daß in Spanien noch heute viele alte Freiheitskämpfer und neu hinzugekommene junge Patrioten grausam unterdrückt und über viele Jahre hinweg eingekerkert werden. Trotz dieses Terrors aber ist die Freiheitsbewegung in den letzten Jahren ständig angewachsen, innerhalb und außerhalb der spanischen Grenzen wird der Kampf gegen Francos Regime fortgeführt. Er findet Unterstützung durch viele Kräfte in der Welt, die damals Anteil an dem Ringen nahmen und dem spanischen Volk seither solidarisch verbunden sind. Für alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte in der Welt ist es eine Verpflichtung, diese Solidarität zu verstärken und den Zehntausenden Eingekerkerten, Unterdrückten, Emigrierten und ihren Familien materiell und moralisch beizustehen.

\* \* \*

Entwicklung und Verlauf des vor 30 Jahren begonnenen spanischen Befreiungskampfes lehren, wie notwendig es ist, die Praktiken zu entlarven, mit denen die Imperialisten ihre Kriege vorbereiten, ihre Aggressionen tarnen und skrupellos als "Verteidigung der Freiheit" deklarieren.

So "rechtfertigte" man damals die faschistische Intervention in Spanien und die vorgebliche "Nichteinmischungs-politik" der imperialistischen Westmächte wie die Erprobung neuer Kriegstechniken und Waffen.

Heute, 30 Jahre später, wird das gleiche durch die amerikanischen Interventionen in Vietnam praktiziert und erfährt Unterstützung und "Rechtfertigung" durch die gleichen Kräfte der Bundesrepublik, die damals Franco unterstützten und heute mit ihm sympa-

## *Wir fordern Freilassung*

In Griechenland sind drei Widerstandskämpfer, die am 17. Feb. d.J. unter fragwürdigen Umständen zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, trotz vieler Proteste noch immer in Haft. Die VVN Westberlin wandte sich deshalb an die griechische Militärmission mit einem Schreiben, in dem es u.a. heißt:

"...Wie wir den Informationen über die ganzen Umstände des Verfahrens entnehmen können, wurden die Genannten verurteilt, weil sie angeblich "einen Aufbruch provoziert" hätten.

In der Verhandlung konnten für diese Anklage jedoch keine konkreten Schuldbeweise erbracht werden. Während daraufhin die Anklagevertretung ihre Anträge zurückzog oder abmilderte, sprach dennoch das Gericht dieses harte Urteil, das selbst von führenden griechischen Persönlichkeiten als fragwürdig und ungerecht bezeichnet wird.

Dennoch, und obwohl ihre Haftentlassung von verschiedenen Seiten gefordert und beantragt wurde, werden die drei Verurteilten noch immer in Haft gehalten. Davon besonders betroffen ist General Avgheropoulos, der schwer herzleidend ist und bereits im achtzigsten Lebensjahr steht. Es ist sehr fraglich, ob der um sein Vaterland hochverdiente Widerstandskämpfer diese für ihn sehr harte Strafe lebend überstehen kann.

Aus dem hier Dargelegten leiten wir die Bitte ab, unsere Besorgnisse und unseren dringlichen Wunsch, die drei verurteilten griechischen Patrioten aus dem Gefängnis zu entlassen, den dafür zuständigen griechischen Behörden zu übermitteln..."

thisieren. Diese Zusammenhänge machen klar und deutlich, w e r - heute wie damals - die Unabhängigkeit und Freiheit der Völker knebelt und den Frieden in der Welt bedroht.

# Gestern Nazis - heute Revanchisten

- Auch das macht die "Friedensnote" der Erhard-Regierung unglaublich -

Am 14. Mai fand in Bonn eine "Deutschlandkundgebung" des "Bundes der Vertriebenen" statt, dessen Präsident der SPD-Abgeordnete Wenzel Jaksch ist. In dem Aufruf dazu hieß es u.a.: "Diese Kundgebung wird die vorherrschende Atmosphäre entgiften müssen. Den mit kommunistischem Linksdrall behafteten Sonntagsschwätzern und Schreiberlingen werden wir durch eine noch nie dagewesene Beteiligung die ihnen gebührende Antwort erteilen. Es geht um unsere Lebensrechte, unsere Heimat, ja um ganz Deutschland, und deshalb darf keiner der Kundgebung fernbleiben".

Welche Gefühle solche von der Bundesregierung geförderten Revanchistentreffen bei den Nachbarvölkern erwecken müssen, mit welchem berechtigten Vorbehalt daher auch die "Friedensnote" der Regierung der Bundesrepublik dort aufgenommen wird, ergibt sich aus dem nachfolgenden Beitrag, in dem von tschechoslowakischer Seite Beweis über die Vergangenheit jener Kräfte geführt wird, die heute die Wortführer des Revanchismus in der Bundesrepublik sind.

Offizielle Kreise der Bundesrepublik halten sich nicht selten darüber auf, wie wenig Vertrauen ihren wiederholten Beteuerungen bezüglich der friedliebenden Einstellung der Bonner Regierung und ihrem korrekten Verhältnis zur Tschechoslowakei entgeggebracht wird. In Prag herrscht tatsächlich, was dies anbelangt, Mißtrauen, und es lohnt sich, wenigstens einige der wichtigen Gründe, die dies bewirken, näher zu betrachten.

In der Tschechoslowakei erwecken Nachrichten über die Tätigkeit der Umsiedlerorganisationen in der Bundesrepublik, deren Vordermänner in der oder jener Form als ihr Ziel die Rückkehr der tschechischen und mährischen Gebiete unter deutschen Einfluß verkünden, stets große Aufmerksamkeit. Ihre Forderung der Selbstbestimmung und gleichzeitig die Anerkennung der Gültigkeit des Münchner Abkommens bedeutet in ihren endgültigen Konsequenzen eine erneute Bedrohung der Integrität des tschechoslowakischen Staatsgebiets.

Anfang April d. J. wurden in Prag der Presse Dokumente zur Verfügung gestellt, die für die Tätigkeit einer Reihe führender Persönlichkeiten der Sudetendeutschen Landsmannschaft unter der Nazi-Ära zeugen. Unter

den Dokumenten befindet sich z.B. ein beachtenswertes Dienstleistungszeugnis aus der Zeit der Okkupation für Dr. Franz Josef Ohmann - heute Mitglied des Bundesvorstands der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dort mit der Leitung organisatorischer Fragen betraut. Das Zeugnis hat die Prager Amtsstelle der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) am 8. 7. 1940 verfaßt, und es sagt über ihren Mitarbeiter, der bei der Gestapo vom 10. 8. 39 bis 31. 3. 40 gewirkt hat, folgendes:

"Er wurde mit allen Ermittlungsvorgängen gegen jüdische und freimaurerische Staatsfeinde, insbesondere sich reichsfeindlich betätigende Geistliche, betraut. Gemeinsam mit einem älteren Beamten hat er Vernehmungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmungen durchgeführt und hierbei sehr große Gewandtheit und gutes Erkennen der geeigneten Maßnahmen gezeigt... Die politische Zuverlässigkeit steht außer Zweifel. Sein Tun und Handeln ließen erkennen, daß er den wirklichen Sinn nationalsozialistischer Weltanschauung erfaßt hat."

In den Dokumenten finden wir auch einen Brief, den am 1. 10. 1944 Dr. Walter Hergel (heute Vorstandsmitglied des Witikobundes) dem Staatsminister für Böhmen und Mähren, dem SS-Ober-

gruppenführer, Kriegsverbrecher und seinem nahen Freund, Karl Hermann Frank, geschrieben hat. Diesem Brief fügte Hergel eine umfangreiche Beilage über "Zivile Mitwirkung an der Reichsverteidigung im Protektorat" an, in der er seine Vorschläge zur totalen Mobilisierung der deutschen Bevölkerung vorlegt. Dortselbst stellt er auch sehr initiativ die Aussiedlung der tschechischen Bevölkerung in Erwägung, indem er schreibt:

"Gsonderter Prüfung bedürfen noch die Fragen:...

b) Ob und inwieweit Heranholung einer Verstärkung der deutschen Besetzung aus dem Reich möglich und wünschenswert wäre,

c) Ob und inwieweit auch in die Siedlungsverhältnisse der Tschechen einzugreifen wäre."

Es steht auch ein nicht wenig umfangreicher Brief zur Verfügung, der direkt an Konrad Henlein gerichtet ist (bis 1938 Führer der Nazi-Partei in der Tschechoslowakei und in der ersten Zeit nach der Okkupation des Grenzgebiets Reichskommissar für sudetendeutsches Gebiet). Der Verfasser des Briefes ist Dr. Hans Neuwirth, vor dem Krieg Nazi-Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament und Leiter der Hitlerschen Spionage in Prag, heute Mitglied des Sudetendeutschen Rates. In diesem Brief vom 4. 10. 1938 (d.h. vom vierten Tag nach dem Beginn der Okkupation des tschechoslowakischen Grenzgebietes) schildert Dr. Neuwirth seine Erlebnisse in den Tagen der Unterzeichnung des Münchner Diktats, wo er Inspektionsreisen zu Naziorganisationen, insbesondere nach Südmähren unternahm, (er teilt mit, er habe sich dienstlich auch bei Seyss-Inquart gemeldet) und spricht u. a. auch eine beachtenswerte persönliche Stellungnahme zur Tschechoslowakei aus.

Er sagt:

"Da ergab sich die Möglichkeit (d.h. am 14. September, zwei Wochen vor der Unterzeichnung des Münchner Abkommens) nach der Seite der Mission (gemeint ist die britische Runciman-"Vermittlungs-Mission") hin wie nach der Regierungsseite hin (d.h. der tschechoslowakischen Regierung) darzutun, daß

es auf sudetendeutscher Seite niemanden mehr gebe, der anderes als Selbstbestimmungsrecht fordern dürfe und könne und daß nichts übrig bliebe, als den Minderheiten volle Selbstbestimmung zu geben und den Staat in seiner heutigen Form zu liquidieren." - Dadurch ist auch der Sinn des auch heute so oft von der Leitung der Landsmannschaften gebrauchten Ausdruckes Selbstbestimmungsrecht klar geworden.

Diese Organisationen genießen finanzielle und politische Unterstützung der Bundesregierung. Die Rolle des Ministers Seebohm in der Umsiedlerbewegung ist bekannt. Deshalb kann auch die Feststellung des Innenministers Lücke, daß sich bei den Umsiedlern aus den Sudeten "rechts-radikale Tendenzen" bemerkbar machen, nicht davon überzeugen, daß sich die Bundesregierung von der Forderung der Umsiedler grundsätzlich distanzieren.

#### Nachbemerkung der Redaktion:

Diese Selbstzeugnisse der drei ehem. Nazi-Funktionäre Ohmann, Hergel und Neuwirth beweisen, daß sich die Genannten bei der Besetzung und Unterdrückung der Tschechoslowakei zumindest als sogen. "Schreibtischtäter" maßgeblich betätigt haben. Die Bundesregierung hat es wohlweislich unterlassen, Vorsorge zu treffen, daß diese Kategorie von Tätern (deren Schuld oftmals schwerwiegender ist als die mancher Henkersknechte) strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wird. Darauf ist wesentlich der Umstand zurückzuführen, daß sie heute als "erfahrene" Gehilfen des Ministers Seebohm und des SPD-Abgeordneten Jaksch praktisch an der Verfolgung ihrer alten Ziele weiterarbeiten können. Daß das so ist, und es ist auch in Bezug auf Polen und andere Länder nicht anders, macht die kürzliche "Friedensnote" der Erhard-Regierung so unglaubwürdig. Solange Bonn diese personellen und organisatorischen Verhältnisse nicht ändert, solange schwerbelastete Nazis ihr revanchistisches Programm öffentlich und mit Regierungsbilligung vertreten können, fühlen sich die Nachbarländer Deutschlands zu Recht bedroht, ist der Frieden in Gefahr.

# Und der seelische Schaden?

Viele Verfolgte haben nicht nur schwere Gesundheitsschäden körperlicher, sondern auch seelischer Art erlitten. Eine über 15 Jahre währende Entschädigungspraxis hat nun aber gezeigt, daß solche Verfolgungsschäden psychischer Natur entweder überhaupt nicht oder nur in sehr geringem Maße gewertet und demnach anerkannt und entschädigt werden. Verantwortlich für diesen unhaltbaren Zustand sind zumeist von amtswegen bestellte medizinische Gutachter, deren Einfühlungsvermögen und Schulwissen einfach nicht ausreichen, um psychische Verfolgungsschäden gutachtlich zu erfassen und so zu werten, wie sie gewertet werden müßten.

Seit einigen Jahren haben sich verantwortungsbewußte Mediziner, z. T. selbst Verfolgte, dieser Mißstände angenommen und versuchen dahin zu wirken, daß den auf diese Weise doppelt betroffenen Verfolgten Gerechtigkeit zuteil wird. Zu ihnen gehört Prof. Dr. med. William G. Niederland aus New York, ein langjähriger Leser unseres "Mahnruf". Er sandte uns freundlicherweise eine von ihm verfaßte Besprechung des von den deutschen Medizinern H. Paul und H.J. Herberg erarbeiteten Werkes "Psychische Spätschäden nach politischer Verfolgung" in englischer Sprache und eine deutsche Übersetzung dieses Aufsatzes, die als Sonderdruck der Zeitschrift "Psyche" im Ernst Klett Verlag, Stuttgart, erschienen ist. (Herausgeber Prof. W. Hochheimer u. Prof. A. Mitscherlich.)

Um unseren Lesern einen Einblick in diese ohne Frage schwierige Materie der Erkennung und gerechten Wertung seelischer Verfolgungsschäden zu geben, zitieren wir aus der Besprechung Prof. Niederlands die abschließenden, das Wesentlich zusammenfassenden Absätze. Der Sinn dieser Wiedergabe soll sein, die Rechtsposition jener Kameraden zu stärken, die, weil sie Schäden oder Spätschäden seelischer Art aus der Verfolgung erlitten haben, oftmals rechtlich benachteiligt und in ihrer ohnehin geschädigten Lebensexistenz gefährdet sind.

... In manchen dieser sogen. sachverständigen Beurteilungen findet sich wenig mehr als ein oder zwei Hinweise auf die Agonie jahrelanger Angst, die erlittenen Verluste, die traumatischen Erlebnisse (die sich so häufig in der Phantasiewelt und im Traumleben dieser Menschen nahezu wortgetreu widerspiegeln), geschweige denn eine wissenschaftliche Erörterung der traumatogenen Vorgänge oder ihrer psychologischen Folgen. Oft begnügt sich der Sachverständige mit einer ein- oder zweiseitigen Notiz: "X war von...bis ...in Auschwitz, hat Eltern und Geschwister durch die Verfolgung verloren." Oder es heißt im gutachtlichen Text: "Y lebte ein Jahr in der Illegalität."

Beim Lesen dieser Texte hat man manchmal den Eindruck, als ob der Gutachter auf einem anderen Planeten lebe und etwa Hunderte von Lichtjahren entfernte, rein physikalische Prozesse, die sich irgendwo im Weltraum einst abspielten, einfach registriere oder beschreibe. Abgesehen von einigen mit monotoner Regelmäßigkeit wie-

derkehrenden, zumeist recht allgemein gehaltenen Bemerkungen über "Verfolgungsdruck" oder "Strapazen" - in einem von Eissler beschriebenen Fall sprach der Sachverständige von den "Unannehmlichkeiten" des KZ - findet sich in den amts- oder vertrauensärztlichen Texten so gut wie nichts über die entsetzliche Angst, die der Verfolgte damals jahrelang ausstand und die ihn seither nicht mehr losläßt, über seine abgrundtiefe Verzweiflung, als man dem Vater vor seinen Augen den Schädel einschlug, die Mutter anspuckte und mißhandelte, die Geschwister wegschleppte und vergaste. Ebenso wenig liest man darin über die Not der Emigration, die Einsamkeit und Verlassenheit des Exilierten, den Verlust der Geborgenheit und Sicherheit beim Geflüchteten, die Selbstverachtung des scheinbar glücklich Entkommenen, die täglichen Gefahren und Qualen des Lebens in der Illegalität.

Hier schlägt das Buch von Paul und Herberg eine Bresche, eine weite Bresche in die Mauer gutachterlichen

Kategorisierens, Bagatellisierens oder manchmal gänzlichen Schweigens. Man lese die souveräne und zugleich maßvolle Art der Darstellung in den Beiträgen von Venzlaff, etwa seine Schilderung der pathogenen Einwirkung von Illegalitätserlebnissen:

"Der wesentliche erlebnisdynamische Faktor der Illegalität ist die permanente Angst, das ständige Gefühl des Gehetztseins beim Flüchtenden oder das tatenlose Ausgeliefertsein im Versteck, hier noch zusätzlich die sich oft bis zur Unerträglichkeit steigernden Spannungen durch die Pferchung auf engem Raum und auch die quälenden Reibereien zwischen Versteckern und Versteckten. Der ständige Zwang sich zu beherrschen, auf der Hut zu sein, die zwanghafte Furcht, irgend etwas falsch zu machen und sich zu gefährden, das Fehlen jeden Ventils, die Spannungen abzureagieren, stellten eine überdurchschnittliche Dauerfrustation mit nachhaltigen Auswirkungen auf Psyche und Vegetativum dar. Hinzu kamen in dieser Situation auch gravierende somatische Faktoren: Schlafentzug, Hunger, Resistenzminderung gegenüber Krankheiten, schwere Strapazen, bei Frauen oft Amenorrhöen mit daraus resultierender Veränderung im endokrinen-vegetativen Gleichgewicht... Auch bei den verbliebenen Dauerstörungen... steht oft eine bleibende vegetative und emotionale Alteration (Schlafstörungen, Kopfschmerzen, ausgesprochene seelische Labilität und Verstimmbarkeit, starke Verletzlichkeit und Empfindsamkeit, rasches Verklingen positiver und nachhaltige Störbarkeit durch negative Eindrücke) ganz im Vordergrund, offenbar als spezifische Antwort auf die jahrelangen Angstspannungen."

Von solcher meisterlicher Ausdifferenzierung der physischen und psychischen Lebensumstände in der Illegalität und der hieraus nicht selten resultierenden Dauerfolgen für die Psyche des Illegalen ist leider in zahlreichen vertrauens- und amtsärztlichen Beurteilungen - auch manchen psychiatrischer Autorenschaft -, die mir in den letzten Jahren zu Gesicht gekommen sind, wenig zu finden.

Um so öfter liest man summarische Ablehnungsbescheide, manchmal aufgrund starren Festhaltens an vorgefaßten Lehrbuch-Meinungen und manchmal aufgrund mangelnder Orientierung oder unzulänglicher Kenntnis. Sachverständiger sein heißt doch, etwas von der Sache, um die es geht, zu verstehen oder sie wenigstens verstehen zu wollen. Dazu aber bedarf es vor allem des Wissens um extreme Lebensverhältnisse und deren pathogene Folgen, der Kenntnis der und des behutsamen Eindringens in die Psyche jener, die den grauenvollen Geschehnissen der dreißiger und vierziger Jahre hilf- und wehrlos ausgeliefert waren. Das klassische Lehrgebäude der klinischen Psychiatrie wurde von Menschen errichtet, die um diese Dinge nichts wußten, noch zu wissen brauchten, und die großen Lehrbücher der "herrschenden" Lehre wurden von Männern geschrieben, denen nicht einmal die Worte KZ, Gestapo, Vernichtungslager, Muselmann-Stadium, Entwurzelungsdepression, Vergasung bekannt waren - die Glücklichen!

Zum Erkennen und Verstehen der psychischen Spätschäden bei Verfolgungsopfern bedarf es ferner neben aller Objektivität und guter Sachkenntnis, wie selbst ein sich noch an die Begriffe von Bonhoeffer, Reichardt, Stier haltender Autor (Mende, Tübingen) im vorliegenden Bande anführt, der "Bereitschaft des Arztes zum Mitfühlen, Nacherleben und Sich-anrühren-lassen von dem Lebensschicksal des zu Beurteilenden". Denn angesichts der Lage von Menschen, wie Mende weiter sagt, die "vorzugsweise aus rassistischen Gründen in spezielle Vernichtungslager (z.B. Auschwitz, Majdanek) kamen...verblaßt einfach jeder Vergleich mit einmaligen Katastrophenerlebnissen oder mit den üblichen Kriegs- oder Gefangenschaftsbelastungen, von zivilen Lebensschwierigkeiten ganz zu schweigen".

Aus dem Studium dieser überzeugenden Feststellungen ergibt sich somit erneut die vom Verfasser dieser Zeilen durch eigene Beobachtungen vielfach erhärtete Tatsache, daß der überwiegenden Mehrzahl der aus jenen

Verfolgungs- und Vernichtungsstätten entkommenen Überlebenden eine gutachterliche Sonderstellung zuzusprechen ist. Man braucht sich nur die Natur und Schwere der leibseelischen Traumatisierung etwa im KZ, die ich andernorts ausführlich erörtert habe, zu vergegenwärtigen, um zu diesem Schlusse zu gelangen. Ich habe dort die wesentlichen Charakteristika der vom KZ-Insassen erlittenen Traumatisierung folgendermaßen zu kondensieren versucht:

1. Massive, über viele Monate (nicht selten Jahre) sich fortsetzende, lebensbedrohende Stress-Situation.
2. Zustand völliger Hilf-, Wehr- und Ausweglosigkeit.
3. Chronisches Hungern und Entbehren.
4. Seelische Degradierung bis zur Selbstverachtung, Selbstentfremdung und Entmenschlichung.
5. Körperliche Mißhandlungen und Erniedrigungen.
6. Wiederholte Terror- und Panik-Episoden.
7. Totaler oder nahezu totaler Familienverlust.
8. Zerstörung der persönlichen Identität mit Wegnahme des Namens (KZ-Nummer), der Individualität und der Menschenwürde.
9. Gleichsetzung mit lästigem, auszurottendem Ungeziefer und Gewürm.
10. Verlust der Kausalität ("Hier gibt's kein Warum") und sonstiger Normbegriffe.

Ohne auf diese Punkte hier im einzelnen eingehen zu können, sei kurz auf sie verwiesen - nicht als neue Richtlinien, auch nicht als dogmatische Leitsätze - als Merkpunkte oder als Merkblatt für den vielbeschäftigten Sachverständigen, der an seinem aktenbedeckten Amtstisch so häufig in Gefahr ist, die Sache nur vom Formular her zu sehen und das Schreckliche, das Bestialische des Geschehenen (und dessen psychische Nachwirkungen) zu vergessen.

Wir wissen aus den dem Paul-Herberg-schen Werk lange vorausgegangenen Beobachtungen von Kollé (1958), von

Baeyer (1958, 1961), Bensheim (1960), Matussek (1961), Venzlaff (1958), Frankl (1961), Trautmann (1961) und aus eigenen Untersuchungen, daß jeder einzelne der oben angeführten Punkte eine Anzahl von hochpathogenen Faktoren einschloß, deren Zusammen- und Fortwirken vielfach zu heute irreversiblen Dauerveränderungen des seelischen Gefüges geführt hat.

Zur Frage des Ursachenzusammenhanges und auch zur Frage des sogen. Krankheitswertes seelisch-reaktiver Leidenszustände ist von mancher Seite, u.a. von einigen im vorliegenden Buche vertretenen Autoren (Kluge, Mende) die Befürchtung eines "Unsicherwerdens der Maßstäbe" (Kretschmer, 1957) in der Beurteilung solcher Gesundheitsstörungen geäußert worden. Ob diese Sorge im Hinblick auf Zusammenhangsfragen bei zivilen Lebensschwierigkeiten ihre Berechtigung hat, bleibe dahingestellt. Mit Bezug auf die uns hier beschäftigenden Belastungssituationen, die ja gerade durch das Übermaß pathogener, alle früher gekannten Maßstäbe und zivilen Normbegriffe hinter sich lassender Lebenskonstellationen gekennzeichnet sind, scheint mir eine derartige Sorge um "Maßstäbe" und ähnliche formalistische Aspekte wenig am Platze.

Dies sind einige der Eindrücke und Gedanken, die sich beim Versuch einer Rezension des von Paul und Herberg herausgegebenen Buches in mehr oder minder assoziativer Weise einstellten. Es mußte beim Versuch bleiben, da Grauen und apokalyptische Vorgänge sich wenig zu formellen Betrachtungen eignen. Die Herausgeber haben ein Werk vorgelegt, das in die Arbeitsbibliothek jedes mit den Spätfolgen der nationalsozialistischen Verfolgung beschäftigten Nervenarztes, Psychiaters, Psychologen und Klinikers gehört und von dem zu hoffen ist, daß es trotz mancher Mängel viel zur Behebung der mancherorts noch immer bestehenden Mißstände bei der Begutachtung verfolgungsbedingter Psychischer Leidenszustände beitragen wird. Es ist ein ebenso gewichtiges Dokument zur Tragik unserer Zeit wie zur Frage des gegenwärtigen Standes unserer Wissenschaft.

# JOHANNES STELLING

Vor 33 Jahren, im Juni 1933, verübten die Hitler-Faschisten eines ihrer ersten Massenverbrechen, das als die 'Köpenicker Blutwoche' in die Geschichte eingegangen ist. Hunderte von Einwohnern, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose, wurden überfallen, aus ihren Wohnungen geholt, in SA-Lokale verschleppt, grauenvoll mißhandelt und zu Tode gefoltert.

Unter den 91 Todesopfern, die in Säcke eingenäht und in die Dahme geworfen wurden, befand sich auch der weit über Köpenick hinaus bekannte Antifaschist Johannes Stelling.

Johannes Stelling wurde am 12. Mai 1877 in Hamburg geboren und erlernte den Beruf eines Handlungsgehilfen. Schon während seiner Lehrzeit war er politisch tätig und erwarb sich besondere Verdienste durch seine Mitarbeit am gewerkschaftlichen Zusammenschluß der ungelerten Arbeiter. Von 1901 bis 1919 war er Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung "Lübecker Volksbote" und gleichzeitig Mitglied der Lübecker Bürgerschaft. Wegen seines mutigen Eintretens für die Interessen der Werktätigen wurde Johannes Stelling in dieser Zeit wiederholt ins Gefängnis geworfen. Nach der Novemberrevolution war er von 1919 bis 1920 Minister des Innern und von 1921 bis 1924 Mitglied des Landtags und Ministerpräsident von Mecklenburg/Schwerin. 1920 wurde er in den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und im gleichen Jahr von den Anhängern seiner Partei in den Deutschen Reichstag gewählt, dem er bis zu seiner Auflösung durch die Hitlerclique angehörte. Er zählte zu den führenden Kommunalpolitikern der SPD und stand lange Jahre an der Spitze des Reichsbanners von Groß-Berlin.

Johannes Stelling, der in Köpenick wohnte, wurde eines der ersten Opfer der SA-Mörder. Am 22. Juni 1933 verschleppten sie ihn in ihr Lokal und folterten ihn auf viehische Weise zu Tode. Seine Leiche wurde am 1. Juli in der Dahme aufgefunden. Trotz des Terrors der SA und der scharfen Überwachung durch die Gestapo beteiligten sich sehr viele Einwohner Köpenicks an der Beisetzung des ermordeten Antifaschisten Johannes Stelling.

1949 wurden in einem umfangreichen, in Köpenick durchgeführten Prozeß die SA-Banditen ihrer Verbrechen überführt und verurteilt. Doch mehrere der Haupttäter konnten sich der Strafe entziehen, weil sie durch die Adenauer-Justiz geschützt wurden. Einige von ihnen leben noch heute unbehelligt in der Bundesrepublik.

33 Jahre später mahnen die 91 Toten der Köpenicker Blutwoche, jetzt erneut auftretenden faschistischen Terror mit aller Entschlossenheit abzuwehren, damit nicht erneut friedliebende Deutsche Opfer so grauenvoller Verbrechen werden können.

## DER MAHN RUF

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der  
VVN Westberlin. Herausgeber: VVN West-  
berlin, Berlin 44, Boddinstraße 64. Für  
den Inhalt verantwortlich: Karl Winkel.